

Wildlingselend hält sich in Grenzen

Karlsruhe verpflichtet Katzenhalter vorerst nicht zur Kastration von Tieren mit Freigang

Von unserem Redaktionsmitglied
Kirsten Etzold

Für Kater und Miezchen mit Freigang führt Karlsruhe vorerst keine Kastrationspflicht ein. Das verdanken die Tierbesitzer einer gezielten Untersuchung zu verwilderten Hauskatzen im Stadtgebiet. Die Studie startete das städtische Ordnungs- und Bürgeramt im Frühjahr in Regie des Veterinärwesens. Das Ergebnis, so informiert die Berichterstatterin des Runden Tisches von Katzenschützern und Stadtvertretern, Ursula Jäger: Es gebe derzeit in der Fächerstadt keine Gebiete mit einer hohen Population verwilderter, unterernährter und kranker Hauskatzen. Dies wäre aber Voraussetzung für eine Katzenkastrationspflicht. (Siehe auch Angemerkt.)

Das Problem explodierenden Katzenelends ist allerdings nicht vom Tisch, betonen übereinstimmend Tierschützer und städtische Veterinäre. Der aktuelle, erfreuliche Befund sei Ergebnis langjähriger ehrenamtlichen Engagements, betonen die Mitglieder des Runden Tisches. Aktive des „Katzenschutzvereins Karlsruhe und Umgebung“ etwa fangen laufend wild lebende Samtpfoten ein, lassen sie kastrieren, gegebenenfalls auch sonst tierärztlich behandeln und kontrollieren nach der Freilassung gesunder Tiere weiter kontinuierlich deren Befinden an betreuten Futterstellen.



STUBENTIGER mit Freigang müssen auch künftig nicht kastriert sein – und zwar, weil Katzenschützer die Zahl verwilderter Tiere in Grenzen halten. Die Stadt übernimmt nur zum Teil ihre Auslagen. Foto: Lübke

Viel Geld stecken Katzenschützer in die Betreuung von Katzen, die keiner haben will. Einen Teil dieser Kosten erstattet die Stadt aus dem Tierschutzfonds. Ursprünglich als Kastrationsfonds mit jährlich 25 000 Euro ausgelegt, deckt dieser Fonds seit 2011 mit jährlich 40 000 Euro, seit 2013 sogar 60 000 Euro auch andere Tierarztkosten sowie Ausgaben für die Unterbringung herrenloser Stadtkatzen ab. Auf Antrag ausgeschüttet, teilten sich zuletzt elf

Empfänger stark unterschiedliche Summen. Je 15 000 Euro gingen an den „Tierschutzverein Karlsruhe und Umgebung“ mit seinem Tierheim in Daxlanden und Wera Schmitz' „Katzenhilfe Karlsruhe“, 10 000 Euro erhielt der Katzenschutzverein. Das sind Bruchteile der per Rechnung nachgewiesenen Auslagen. Die Katzenhilfe etwa hatte mehr als 100 000 Euro Auslagen geltend gemacht, der Katzenschutzverein 80 000 Euro.

Empfänger stark unterschiedliche Summen. Je 15 000 Euro gingen an den „Tierschutzverein Karlsruhe und Umgebung“ mit seinem Tierheim in Daxlanden und Wera Schmitz' „Katzenhilfe Karlsruhe“, 10 000 Euro erhielt der Katzenschutzverein. Das sind Bruchteile der per Rechnung nachgewiesenen Auslagen. Die Katzenhilfe etwa hatte mehr als 100 000 Euro Auslagen geltend gemacht, der Katzenschutzverein 80 000 Euro.

Empfänger stark unterschiedliche Summen. Je 15 000 Euro gingen an den „Tierschutzverein Karlsruhe und Umgebung“ mit seinem Tierheim in Daxlanden und Wera Schmitz' „Katzenhilfe Karlsruhe“, 10 000 Euro erhielt der Katzenschutzverein. Das sind Bruchteile der per Rechnung nachgewiesenen Auslagen. Die Katzenhilfe etwa hatte mehr als 100 000 Euro Auslagen geltend gemacht, der Katzenschutzverein 80 000 Euro.

Mit dem Tierschutzfonds befasst sich am Dienstag auch der Gemeinderat. Denn die Jahressumme von 60 000 Euro steht gegenwärtig unter Sperrvermerk. Das Kommunalparlament hatte moniert, die Kriterien für die Verteilung der Finanzmittel aus dem Fonds seien nicht klar. Diese Kriterien legt die Stadtverwaltung nun vor und beantragt, die Sperre aufzuheben. Im Raum steht zudem ein Antrag der Grünen-Fraktion, den Fonds um weitere 30 000 Euro auf dann 90 000 Euro pro Jahr aufzustocken. Die CDU-Fraktion will dagegen bei 60 000 Euro bleiben.

Wie hoch auch immer ein – freiwilliger – städtischer Zuschuss für die Kastration von Streunern ist: Unkontrollierte Vermehrung von Hauskatzen können Ehrenamtliche nur bremsen. Das Heft in der Hand hat dagegen jeder Besitzer eines Stubentigers, der im Freien herumstreifen darf. Stadt und Katzenschützer ap-

pellieren an diese Tierhalter, ihre Mieze und ihren Kater kastrieren zu lassen – als wichtigen Beitrag zum Tierschutz.

Mit dem Verzicht auf eine Kastrationspflicht verhält sich Karlsruhe derzeit wie der weit überwiegende Teil der Kommunen in Baden-Württemberg und in anderen Bundesländern. Allerdings warnt just der neue Tierschutzbericht der Bundesregierung, die Zahl herrenloser, verwilderter Katzen nehme bundesweit zu. ■ Blick in die Welt

Es ist der Fluch der guten Tat, der jetzt die Befürworter einer Kastrationspflicht für Katzen ereilt. Eigentlich wollen die ehrenamtlichen Katzenschützer nicht länger auf verlorenem Posten stehen. Unterwegs bei Nacht und Nebel, Regen und Schnee, an Sonntagen, über Weihnachten, notfalls rund um die Uhr mit Lebendfallen und regelmäßigen Futtergaben, locken sie immer neue Wildlinge aus heimlichen Wüfen trächtiger Hauskatzen ohne Zuhause. Aber die Katzenfreunde arbeiten wohl zu gründlich. Die Veterinäre der Stadt sehen – im Grunde ja nicht schlecht – nirgends eine große, verelendete Hauskatzen-

Angemerkt

population. Allein dieser Befund aber hätte es gerechtfertigt, die Freiheit von Katzenbesitzern zu beschneiden und ihnen amtlich vorzuschreiben, den geliebten Stubentiger entweder eingesperrt zu halten oder ihn kastrieren zu lassen, bevor ihm der Spaziergang in der Dämmerung durch Gärten und Gassen gewährt wird.

So fangen die Tierschützer also weiter jahrein, jahraus verwilderte Katzenmütter mit ihren Jungen und scheue Streuner ein und setzen sie erst wieder auf freien Fuß, wenn sowohl männliche als auch weibliche Tiere ihrer Fortpflanzungsfähigkeit beraubt sind. Gerade weil das unermüdliche Engagement der Menschen diese deutliche Wirkung zeigt, bleibt vorerst für sie und die verwilderten Hauskatzen von Karlsruhe alles beim – unbefriedigenden – alten. Kirsten Etzold